

: Programm

Berliner Sommerdialog 2017

Ausgrenzungen als Ursache von Gewalt.

Ansätze für die internationale Zusammenarbeit

Berliner Rathaus

28.-29. Juni 2017

Konferenzsprachen

Deutsch/Englisch (Simultandolmetschung)

Mit finanzieller Unterstützung des

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



#BSD17

HINTERGRUND

UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat bei seiner Amtsübernahme im Januar dafür plädiert, das Jahr 2017 zu einem Jahr des Friedens zu machen. Ein Blick auf die Realität verdeutlicht die Herausforderung: Die OECD zählt in den vergangenen 15 Jahren 53 Konfliktherde, die von politischer Gewalt begleitet waren und von denen 3,34 Mrd. Menschen – also fast die Hälfte der Menschheit – betroffen waren. Viele dieser Konflikte schwelen über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte – eine dauerhafte Befriedung ist eher die Ausnahme als die Regel. Wiederholte Gewaltausbrüche bedrohen den gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Ländern.

Die Ursachen für die Entstehung, Verschärfung und das Wiederaufflammen von gewaltsamen Konflikten sind komplex. Soziale, politische und wirtschaftliche Ausgrenzungen spielen häufig eine wesentliche Rolle. Sie äußern sich u.a. durch Machtmissbrauch einer Minderheit zulasten großer Bevölkerungsteile, durch eine ungenügende Beteiligung der Bevölkerung an politischen Prozessen oder einen ungleichen Zugang zu Ressourcen und sozialen Leistungen. Werden derartige Ausgrenzungen beim Versuch, Konflikte zu befrieden, nicht erfolgreich angegangen, werden sie oft zum Keim künftiger Gewalt.

Die Grundlagen für ein friedliches Miteinander können letztlich nur die Gesellschaften selbst schaffen. Doch auch die internationale Gemeinschaft hat eine Verantwortung, Ungleichheiten und Ausgrenzungen gemeinsam anzugehen. Ziel 10 und Ziel 16 der Agenda 2030 widmen sich explizit der Beseitigung von Ungleichheiten und der Schaffung inklusiver, friedlicher Gesellschaften. Bei der Umsetzung kommt es entscheidend auf das Zusammenwirken geeigneter Instrumente und Mechanismen zwischen den Akteuren im betroffenen Land und internationalen Akteuren an.

Wie kann in diesem komplexen Kontext die Sensibilität für Ausgrenzungen und Marginalisierung bei allen Akteuren geschärft werden? Welche Formen von Ausgrenzung und Marginalisierung sind besonders konfliktträchtig? Welchen Beitrag kann die internationale Gemeinschaft leisten, um Ausgrenzungen und extreme Ungleichheit in gewaltsamen Kontexten zu verringern? Wie kann sichergestellt werden, dass internationale Rahmenbedingungen oder Aktivitäten externer Akteure nicht zur Verschärfung von Ausgrenzungen und Ungleichheit beitragen?

Diese Fragen möchten wir beim Berliner Sommerdialog gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft diskutieren. Im Vordergrund steht der Dialog mit Expertinnen und Experten aus betroffenen Regionen sowie aus internationalen Institutionen über Folgen von Ausgrenzungen in den Bereichen Wirtschaft und Soziales sowie Politik. Abschließend wird erörtert, wie das Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Strukturen in und nach gewaltsamen Konflikten wiederhergestellt werden kann.

: Mittwoch, 28. Juni 2017

ÖFFENTLICHE ABENDVERANSTALTUNG

„LEAVE NO ONE BEHIND“ – EIN LEITBILD FÜR DAS INTERNATIONALE KRISENENGAGEMENT?

Gewaltsame Konflikte bleiben eine große Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Besonders betroffen sind Menschen, die in Armut leben. Mit der Agenda 2030 wurde das Ziel verknüpft, „niemanden zurückzulassen“. Findet diese Forderung auch im internationalen Konfliktmanagement Beachtung? Werden soziale, politische und wirtschaftliche Ausgrenzungen als Ursache und Verstärker von gewaltsamen Auseinandersetzungen ausreichend in den Blick genommen? Wie muss eine umfassende Friedensförderung aussehen? Diese Fragen werden im Rahmen der Vereinten Nationen unter dem Schlagwort „Sustaining Peace“ zurzeit intensiv diskutiert. Auch die deutsche Bundesregierung hat anlässlich der aktuellen Herausforderungen kürzlich neue Leitlinien für Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung beschlossen.

- Welche Rolle spielen soziale, politische und wirtschaftliche Ausgrenzungen in der Entstehung von gewaltsamen Konflikten?
- Wie wird das Leitbild „Niemanden zurücklassen“ bisher im internationalen Krisenengagement umgesetzt?
- Welche Maßnahmen können die internationale Gemeinschaft und Deutschland ergreifen, um Ausgrenzungen zu reduzieren und somit frühzeitig Konflikten entgegen zu wirken?
- Welche Gefahr besteht, dass internationales Engagement bestehende Ausgrenzungen verschärft oder neu schafft?

17:00 Uhr Registrierung

Moderation

Angelika Spelten

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt), Bonn

17:30 Uhr Begrüßung

Alexander Fischer

Staatssekretär

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

17:40 Uhr Podiumsdiskussion

Dr. Véronique Dudouet

Programmdirektorin für Konflikttransformationsforschung
Berghof Foundation, Berlin

Dr. Ute Finckh-Krämer MdB

Mitglied des Unterausschusses Zivile Krisenprävention,
Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln
Deutscher Bundestag, Berlin

Dr. Thomas Helfen

Referatsleiter „Frieden und Sicherheit; Katastrophenrisikomanagement“
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Oury Traoré

Geschäftsführerin

Madiba Institute for Leadership in West Africa (MILWA), Dakar

anschließend Q&A

19:30 Uhr Empfang

auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

: Donnerstag, 29. Juni 2017

8:45 Uhr	Registrierung
	Moderation Thomas Nehls Freier Journalist
9:15 Uhr	Begrüßung Dr. Thomas Helfen Referatsleiter „Frieden und Sicherheit; Katastrophenrisikomanagement“ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin Dr. Marianne Beisheim Mitglied des Vorstands der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) Wissenschaftlerin, Forschungsgruppe „Globale Fragen“ Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

TEIL I

DAS ZUSAMMENSPIEL VON AUSGRENZUNG UND GEWALTSAMEN KONFLIKTEN

- Welche Formen von Ausgrenzung und Marginalisierung sind besonders konfliktträchtig?
- Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen Gewalt und Ausgrenzung?
- Wie muss Inklusion im Friedensprozess gestaltet werden, um Ausgrenzungen als Konfliktursache zu überwinden?

9:30 Uhr	Impulsvortrag Prof. Dr. Lars-Erik Cederman Professor für Internationale Konfliktforschung Zentrum für vergleichende und internationale Studien (CIS), ETH Zurich
anschließend	Q&A

TEIL II

UNGLEICHER ZUGANG ZU RESSOURCEN.

WIRTSCHAFTLICHE EINBINDUNG ALS VORAUSSETZUNG FÜR FRIEDEN

Eine wesentliche Ursache für gewaltsame Konflikte ist der Kampf um Ressourcen. Bei der Verteilung und Nutzung von Land, Rohstoffen oder Finanzmitteln profitiert häufig eine kleine Elite zulasten großer Bevölkerungsteile. Der wirtschaftlichen Marginalisierung folgt meist die soziale Ausgrenzung. Sie zeigt sich unter anderem durch einen ungenügenden Zugang zu sozialen Dienstleistungen wie Bildung oder dem Gesundheitssystem. Die Gewährleistung eines fairen Zugangs zu Ressourcen für alle liegt grundsätzlich in der Verantwortung der jeweiligen Regierung. Doch auch die internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik begünstigt die Entstehung und Vertiefung von Ungleichheiten.

- Welche Verantwortung trägt die internationale Gemeinschaft für die Vertiefung innerstaatlicher wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten?
- Welche Möglichkeiten hat die Entwicklungszusammenarbeit, um wirtschaftliche Ausgrenzung in gewaltträchtigen Kontexten zu verringern?
- Mit welchen Instrumenten kann die internationale Gemeinschaft darauf hinwirken, den Zugang zu Ressourcen gerechter zu gestalten?
- Wie kann verhindert werden, dass durch Maßnahmen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung in und nach gewaltsamen Konflikten verstetigt oder gar vergrößert wird?

10:00 Uhr	Podiumsdiskussion Michel Rutger Richter Co-Direktor SPARK, Amsterdam Prof. Dr. Indra de Soysa Abteilung für Soziologie und Politische Wissenschaft Norwegische Universität für Wissenschaft und Technik, Dragvoll
anschließend	Q&A
11:15 Uhr	Kaffeepause

TEIL III

UNGLEICHER ZUGANG ZU ENTSCHEIDUNGEN. POLITISCHE TEILHABE STÄRKEN

Ziel 16 der Agenda 2030 hebt die Bedeutung von inklusiven Gesellschaften und guter Regierungsführung, insbesondere von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit, für eine friedliche Entwicklung hervor. In von gewaltsamen Auseinandersetzungen betroffenen Staaten sind Regierungen oft nur eingeschränkt handlungsfähig; ihre Legitimation ist schwach. Eine faire, unabhängige Rechtsprechung fehlt häufig. Auch die Zivilgesellschaft hat oft nur wenige Möglichkeiten sich zu organisieren. Ihre Arbeit findet unter erschwerten Bedingungen statt und wird nicht selten ganz unterbunden. Für externe Akteure, staatliche wie nichtstaatliche, ist ein solches Umfeld besonders herausfordernd.

- Ist es ausreichend, den Aufbau staatlicher Institutionen, die den formalen Ansprüchen von guter Regierungsführung genügen, in gewaltsamen Kontexten zu unterstützen?
- Wie können internationale Akteure dazu beitragen, politische Repräsentation und wirkungsvolle gesellschaftliche Teilhabe in von gewaltsamen Konflikten betroffenen Ländern und Regionen zu stärken?
- Wie kann die Zivilgesellschaft von außen gestärkt werden, ohne ihr die eigene Identität und Glaubwürdigkeit zu nehmen?

11:45 Uhr

Podiumsdiskussion

Dr. Heike Kuhn

Referatsleiterin

„Menschenrechte, Gleichberechtigung und Inklusion“

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn

Aurélien Tobie

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut (SIPRI), Stockholm

Luxshi Vimalarajah

Programmdirektorin Dialog, Mediation & friedensfördernde Strukturen

Berghof Foundation, Berlin

anschließend

Q&A

13:00

Mittagspause

TEIL IV

UNGLEICHER ZUGANG ZUR GESELLSCHAFT. SOZIALEN ZUSAMMENHALT (WIEDER)HERSTELLEN

Durch gewaltsame Konflikte und Krisen nimmt auch der Zusammenhalt einer Gesellschaft Schaden. Das gesamte soziale Gefüge verändert sich in Konfliktsituationen. Häufig müssen Menschen flüchten oder werden vertrieben, müssen sich an neuer oder alter Stelle erneut ein Leben aufbauen. Die gesamte Lebenssituation wird unsicherer, Misstrauen gegenüber anderen wird verstärkt. Das Vertrauen in die politischen Verantwortungsträger und Institutionen schwindet ebenfalls, insbesondere in langanhaltenden Konflikten.

- In welcher Form können Akteure von außen dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft während und nach gewaltsamen Konflikten (wieder)herzustellen?
- Wie müssen Projekte konzipiert werden, um einen konkreten Beitrag zu Versöhnung zu leisten?
- Was müssen internationale Akteure beachten, um nicht selbst Missgunst oder Ausgrenzung zu fördern?
- Wie kann das Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Strukturen durch internationale Organisationen langfristig gestärkt werden?

14:15 Uhr

Podiumsdiskussion

Jonathan Cohen

Direktor

Conciliation Resources, London

Dr. Sabine Kurtenbach

Senior Research Fellow

GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg

Marcos Smith

Koordinator

Ziviler Friedensdienst (ZFD) Kambodscha

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Phnom Penh

anschließend

Q&A

15:30 Uhr

Wrap up und Ergebnissicherung

16:00 Uhr

Verabschiedung

Dr. Michèle Roth

Geschäftsführerin

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn